

THURGAUER FREISINN

Wir machen den Thurgau stark!

**Kantonsrats-
und Regierungsrats-
wahlen 7. April 2024**

**Bezirkswahlen und
eidg. Abstimmungen
3. März 2024**



Walter Schönholzer möchte seine hervorragende Arbeit als Regierungsrat fortsetzen. Für den Kantonsrat kandidieren 112 liberale Möglichmacherinnen und Möglichmacher.

Geschätzte Freisinnige

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Am 3. März finden die Bezirksgerichtswahlen statt und am 7. April wählt der Thurgau den Regierungsrat sowie den Grossen Rat neu.

Wir sind stolz und dankbar, dass sich unser Regierungsrat Walter Schönholzer für eine weitere Legislaturperiode zur Verfügung stellt. Seit 2016 führt er das Departement für Inneres und Volkswirtschaft um- und weitsichtig. Während seiner Amtszeit konnte er schon in vielen Bereichen einiges bewegen

und unseren Kanton vorwärtsbringen – sei es in der Digitalisierung, im öffentlichen Verkehr oder für die Wirtschaft. Mit acht Amtsjahren bringt Walter Schönholzer die grösste Erfahrung mit, was für das neue Gremium wichtig sein wird.

Die FDP-Grossratsfraktion steht vor einer grösseren Veränderung. Genau die Hälfte der Fraktion tritt nicht mehr an. Während bei anderen Parteien kurz vor den Wahlen an jeder Grossratssitzung vorzeitige Rücktritte eingereicht werden, beweisen wir Freisinnige ein gutes Demokratieverständnis und

beenden die Legislatur ordentlich, wie vom Volk im Jahr 2020 gewählt. Der grosse Wechsel in der Fraktion bietet neuen Kandidierenden gute Wahlchancen. Dafür braucht es aber einen aktiven Wahlkampf und eine breite Mobilisierung von uns allen.

Alle Kandidierenden sind auf Sie angewiesen. Jede einzelne Stimme ist wichtig und kann entscheidend sein. Machen wir den Thurgau gemeinsam stark!

Gabriel Macedo, Parteipräsident

Inhalt

- 3 Walter Schönhlzer
- 4–6 Thurgauer Kantonsratswahlen
- 7–9 Thurgauer Parolen, Themen und Aktivitäten
- 10–12 Kampagnen
- 13 Parolenspiegel
- 14 Rückblick Bundesratswahlen
- 15–17 Delegiertenversammlung 2014 in Zug
- 18/19 Europapolitik
- 20/21 Migrationspolitik
- 22 Energiepolitik
- 23 Kolumne Andri Silberschmidt



Längst fällige Reformen anpacken

FDP übernimmt Verantwortung

Liebe Freisinnige

Die 52. Legislaturperiode hat soeben begonnen. Die vergangene Legislatur war geprägt von Krisen, geopolitischen Verwerfungen und einem ausgesprochenen Reformstau im Inland. Mehrmals setzte der Bundesrat Notrecht ein, in etlichen Bereichen blockierte das Parlament sich selbst. Auch wenn die Welt in den vergangenen Monaten vor neue Herausforderungen gestellt wurde: Es ist unabdingbar, dass unser Land in den kommenden vier Jahren die längst fälligen Reformen in der Altersvorsorge, im Gesundheitswesen oder in der Sicherheits- und Energiepolitik anpackt und umsetzt. Dazu braucht es Gestaltungswillen, Zuversicht, Mut, Konsensfähigkeit. Als bürgerlich-liberale Kraft übernehmen wir Freisinnige Verantwortung für unsere Schweiz und prägen stabile und mehrheitsfähige Wege für die Herausforderungen dieser Zeit.

Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis wiedergewählt

Eine erste Duftmarke setzte das Parlament anlässlich der Wiederwahl der bisherigen Bundesräte. Trotz Ränkespielen von Mitte-links hat sich die Bundesversammlung am Ende zu den etablierten und bewährten Regeln bekannt, wonach die drei stärksten Parteien Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat und die viertstärkste Partei Anspruch auf einen Bundesratssitz hat. Diese Zauberformel sowie die Konvention, dass amtierende Bundesräte nicht abgewählt werden, bringen unserem Land Stabilität. Eine Stärke, die nicht leichtfertig aufgegeben werden darf.

Zukunft der AHV: Verantwortung übernehmen, Realitäten anerkennen

Die FDP ist die bürgerlich-liberale Kraft, die seit

jeder Verantwortung für dieses Land übernimmt. Wir erkennen Realitäten und richten unsere Lösungsvorschläge danach aus, anstatt wie Mitte-links und die SVP Trautänzerei zu betreiben und die Augen vor den Tatsachen zu verschliessen. Wir Freisinnigen muten es den Schweizerinnen und Schweizern zu, zur Sicherung der AHV mit der Renteninitiative eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters vorzuschlagen. Und wir stehen hin und sagen: Mit der 13. AHV-Rente fahren wir unser wichtigstes Sozialwerk innert weniger Jahre an die Wand. Diese Rentenerhöhung per Giesskanne ist weder sozial noch generationengerecht noch nachhaltig.

Weiterentwicklung bilaterale Beziehungen mit EU

Ebenso ist es im Interesse der Schweiz, dass die Beziehungen mit der EU wieder auf eine solide Basis gestellt werden. Der Fortschritt des Bundesrates, ein Verhandlungsmandat zur Weiterentwicklung des bilateralen Wegs zu verabschieden, ist zu begrüssen. Die EU ist unser wichtigster Handelspartner. Wir teilen eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Werte. Nun ist es unerlässlich, dass alle Akteure ihre Verantwortung wahrnehmen und sich für eine mehrheitsfähige Lösung einsetzen. Alle politischen Parteien und Sozialpartner haben ihre kurzfristigen Wahl- oder Partikularinteressen dem Wohl des Landes hintanzustellen.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Walter Schönholzer



Walter Schönholzer

Einstimmig und mit stehenden Ovationen nominiert

Verantwortungsbewusst, mit vollem Engagement und Herzblut möchte Regierungsrat Walter Schönholzer die Zukunft des Kantons Thurgau weiterhin mitgestalten. An der Mitgliederversammlung der FDP.Die Liberalen Thurgau im neuen Innovation Center der Baumer Group in Frauenfeld wurde Walter Schönholzer einstimmig für eine weitere Legislatur nominiert.

«Ich will mich weiterhin freiheitlich, fortschrittlich und gemeinwohlorientiert für den Kanton Thurgau einsetzen», machte Walter Schönholzer an der Mitgliederversammlung in Frauenfeld klar. Viele grosse Projekte, darunter der Digitale Schalter mit dem Fokus «Bürgernutzen» (siehe rechte Spalte) und der Ausbau der Forschung im Bereich der innovativen Land- und Ernährungswirtschaft (Living Lab) der Ostschweizer Fachhochschule OST am Standort der Swiss Future Farm in Tänikon sowie das Thurgauer Institut für Digitale Transformation (An-Institut), sind auf dem besten Weg. Punkto Ansiedlung neuer Unternehmen belegt der Thurgau schweizweit den Spitzenplatz. «Es gilt aber auch, den bereits ansässigen Klein- und Grossbetrieben Sorge zu tragen», betonte der Volkswirtschaftsdirektor. Im Gespräch mit Kantonsratskandidat Martin Bruhin ging Walter Schönholzer auf weitere Schwerpunkte ein: Geordnete Beziehungen zur EU, optimierte ÖV-Verbindungen im Nah- und Fernverkehr, sichere Stromversorgung zu jeder Jahreszeit, Dekarbonisierung als Beitrag zum Klimaschutz, Digitalisierung, Förderungen und Investi-

tionen des Bundes im Kanton Thurgau. Dem mit acht Dienstjahren erfahrensten Thurgauer Regierungsrat fehlt es auch in seiner dritten Amtsperiode nicht an Aufgaben. Die 74 anwesenden Mitglieder nominierten Walter Schönholzer einstimmig und mit Standing Ovationen für die Regierungsratswahlen vom 7. April 2024.

Marie-Theres Brühwiler



Martin Bruhin führte das Interview.

Ein Meilenstein für den Thurgau

Vor gut drei Jahren wurde das Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung (KDV) geschaffen – mit dem Ziel, die Digitalisierung in der Verwaltung zentral zu steuern und zu koordinieren. Eines der fünf dafür definierten Handlungsfelder lautet «Die Kunden im Zentrum». Als zentrale Massnahme entstand so der «Digitale Schalter» zur künftigen Bereitstellung von elektronischen Behördendienstleistungen. Medienbruchfrei und rechtssicher werden jetzt – dank qualifizierter elektronischer Signatur beim Kanton – die ersten zehn Dienstleistungen angeboten: Betreibung einreichen, Import Fahrzeuge, Kontrollschild nach Amriswil bestellen, Stipendiesuch, Darlehenssuch, Semesteranmeldung, IVZ-Registerauszug bestellen, Bestellung drittes Kontrollschild oder Ersatz-Kontrollschild sowie Halterauskunft sperren. Der Digitale Schalter wird laufend ausgebaut. Die ersten Dienstleistungen dienen als Schablonen, damit weitere schneller realisiert werden können. Ab diesem Frühjahr folgen viele weitere Dienstleistungen: der automatisierte Bezug von Betreibungsregisterauszügen für natürliche Personen als Self-Service mit unmittelbarer Online-Rücklieferung in den Schalter. Ebenfalls in Kürze ist mit dem Gesuch um Berufsausübung für alle bewilligungspflichtigen Berufe im Gesundheitswesen, der digitalen Unternehmensgründung oder Tierbestandsmeldungen für das Landwirtschaftsamt und einer Auswahl an Zivilstandsmeldungen zu rechnen. Für den Aufbau des Digitalen Schalters musste das KDV ein Identitätsmanagementsystem aufbauen, das Benutzende eindeutig im digitalen Raum identifizieren kann. Die Erarbeitung eines Thurgauer Designsystems für digitale Produkte war ein weiterer Schritt in Richtung kundenzentrierte Digitalisierung und Customer Experience.

Regierungsrat Walter Schönholzer, Vorsteher des Departementes für Inneres und Volkswirtschaft, freut sich über den Meilenstein und blickt bereits voraus: «Wir wollen, dass der Digitale Schalter auch für Dienstleistungen der Gemeinden genutzt werden kann, damit Bürgerinnen und Bürger alles an einem Ort finden können. Ab Sommer 2024 soll auch das Einreichen von Baugesuchen und Planungsgeschäften vollständig digital möglich werden.»

Für die Kantonsratswahlen vom 7. April 2024 kandidieren insgesamt 112 Persönlichkeiten. Die Nominierten aus den fünf Bezirken steigen allesamt mit der Listennummer 6 und damit der Bestnote ins Rennen. Die Persönlichkeiten im Alter zwischen 18 und 75 Jahren widerspiegeln die geografische und demografische Vielfalt des Thurgaus. Sie alle leben ihre liberale Haltung täglich im Beruf und in ihren gesellschaftlichen Engagements.

Unsere neun bisherigen Kantonsratsmitglieder wollen sich weiterhin für einen starken Thurgau einsetzen und übernehmen wie die weiteren 103 Kantonsratskandidierenden Verantwortung, engagieren sich für bestmögliche Rahmenbedingungen und überlassen den Menschen und der Wirtschaft die nötigen Freiheiten.



Kandidierende Bezirk Arbon

 Daniel Eugster, Jg. 1973 (bisher) Freidorf Haustechnikunternehmer	 Gabriel Macedo, Jg. 1989 (bisher) Amriswil Stadtpräsident	 René Walther, Jg. 1969 (bisher) Arbon Stadtpräsident	 Dean Kradolfer, Jg. 1975 Amriswil Dr. jur. Rechtsanwalt, Fachanwalt SAV Erbrecht, Mediator SAV	 Philipp Gemperle, Jg. 1985 Romanshorn Kommunikationsberater, Mitglied Geschäftsleitung, Vize-Stadtpräsident	 Cyrill Stadler, Jg. 1974 Arbon Vermögensverwalter mit eigener Firma, Veranstalter	 Helen Stahel, Jg. 1987 Amriswil Unternehmerin	 Marc Widler, Jg. 1978 Roggwil Geschäftsführer
---	---	--	--	--	---	---	---

Kandidierende Bezirk Arbon

 Nadja Bolliger, Jg. 1998 Romanshorn Fallverantwortliche Strafvollzug, Studentin Business Administration	 Nicole Egli-Soller, Jg. 1985 Amriswil Unternehmerin, Umweltingenieurin, Familienfrau	 Isabelle Fuchs, Jg. 1988 Arbon MSc ETH Umwelt-Natw., Projektleiterin, Familienfrau	 Jürg Lengweiler, Jg. 1970 Roggwil Versicherungsmakler, Philatelist	 Philipp Scherrer, Jg. 1996 Egnach Technischer Kaufmann mit eidg. FA, Sachbearbeiter Finanzen und Controlling	 Urs Gähwiler, Jg. 1968 Arbon Marketing- und Vertriebsleiter	 Anders Stokholm Jg. 1966 (bisher) Frauenfeld Stadtpräsident	 Martina Pfiffner Müller, Jg. 1974 (bisher) Gachnang Unternehmensberaterin, Geschäftsinhaberin, Vizepräsidentin Gewerbeverband TG
--	--	--	---	--	--	---	---

Kandidierende Bezirk Frauenfeld

Kandidierende Bezirk Frauenfeld

 Andreas Wenger, Jg. 1967 (bisher) Diessenhofen Technischer Leiter Infrastruktur	 Fabrizio Hugentobler, Jg. 1970 Frauenfeld PR-Fachmann, Stadttrat	 Urs Forster, Jg. 1968 Müllheim Gemeindepräsident	 Claudio Bernold, Jg. 1970 Frauenfeld Schulleiter, Gemeinderat	 Stefan Hanselmann, Jg. 1966 Müllheim eidg. dipl. Geschäfts- führer, Gemeinderat	 Monika Ribl Bichsel, Jg. 1970 Mammern Kauffrau, Gemeinderätin, Primar- und Sekundar- schulpräsidentin	 Freddy Abegg, Jg. 1973 Schlatt dipl. Hôtelier, Restaurateur	 Bernhard Rieder, Jg. 1976 Frauenfeld lic. phil. Historiker, stellvertretender Geschäftsführer
--	---	--	--	---	---	--	---

Kandidierende Bezirk Frauenfeld

 Christoph Aeschbacher, Jg. 1981 Hüttwilen Rechtsanwalt/ Generalsekretär	 Kathrin Widmer Gubler, Jg. 1974 Frauenfeld Unternehmerin, Mutter, Rechtsanwältin, Gemeinderätin	 Daniel Widmer, Jg. 1983 Gachnang Gemeinderat	 Stefan Dähler, Jg. 1960 Frauenfeld lic. oec. HSG, Unternehmer, Strategieberater, Studiengangsleiter HWZ	 Jonathan Hedinger, Jg. 1982 Gachnang Schulleiter/ Betriebsökonom	 Franz Zaugg, Jg. 1968 Gündelhart-Hörhausen dipl. oek. TU-HSG, Betriebsökonom	 Alex Blumer-Stettler, Jg. 1968 Frauenfeld Kaufm. Angestellter	 Max Bieri, Jg. 2001 Stettfurt Unternehmer, Student HSG
--	--	--	--	--	---	---	---

Kandidierende Bezirk Frauenfeld



Markus Bürgi,
Jg. 1974
Stettfurt
Gemeindepräsident,
Rechtsanwalt



Enrique Castelar,
Jg. 2000
Steckborn
Versicherungskaufmann,
Student



Sebastian Eiling,
Jg. 1997
Frauenfeld
Geschäftsführer,
Student



Robin Goldinger,
Jg. 1988
Frauenfeld
Bauführer,
Gemeinderat



Georg Janouscheck,
Jg. 1981
Steckborn
Unternehmer,
Dipl. Ing. FH, EMBA FH



Kevin Kern,
Jg. 1985
Diessenhofen
Unternehmer,
eidg. dipl. Speditionsleiter,
Vize-Stadtpräsident



Andrea Läderach,
Jg. 1966
Frauenfeld
Treuhänderin



Lutfi Lokmani,
Jg. 1979
Steckborn
Geschäftsführer,
dipl. Energieberater,
Stadtrat

Kandidierende Bezirk Frauenfeld



Leo Marti,
Jg. 2000
Müllheim
Student HSG,
Zimmermann EFZ



Markus Naegeli,
Jg. 1966
Felben-Wellhausen
Geschäftsführer



Sina Pulfer,
Jg. 1995
Niederneunforn
Parkettlegerin,
Geschäftsführerin



Fatmir Sanakosi,
Jg. 1967
Frauenfeld
Maler,
Teilgeschäftsinhaber



Dominic Ullmann,
Jg. 1978
Felben-Wellhausen
Dipl.-Informatiker,
Ing. ETH



René Umbricht,
Jg. 1980
Eschenz
Geschäftsführer



Thomas Niederberger,
Jg. 1970
Kreuzlingen
Stadtpräsident



Thomas Leu,
Jg. 1977
Mannenbach-Salenstein
Rechtsanwalt

Kandidierende Bezirk Kreuzlingen

Kandidierende Bezirk Kreuzlingen



Attila Wohlrab,
Jg. 1968
Kreuzlingen
Geschäftsführer,
eidg. dipl. Immobilien-
treuhänder



Urs Giezendanner,
Jg. 1963
Ermatingen
Leiter Technische Werke



Michael Thura,
Jg. 1964
Bottighofen
Unternehmer,
selbstständiger
Treuhänder



Giovanni Crupi,
Jg. 1966
Fruthwilen
Dipl. Elektro-Ingenieur FH,
MBA Lean Agile Leader-
ship, Kadermitglied
Swisscom (Schweiz) AG



Alexander Salzmann,
Jg. 1973
Kreuzlingen
lic. rer. publ. HSG,
eidg. dipl. Wirtschafts-
prüfer, CFO eines KMU,
Gemeinderat



Barbara Jäggi,
Jg. 1969
Kreuzlingen
Leiterin Finanzen und
Personal,
Betriebswirtschafterin HF



Fabrizio Ribezzi,
Jg. 1963
Kreuzlingen
Gastronom,
Gemeinderat



**Susan Katharina
Danubio, Jg. 1984**
Kreuzlingen
Leitung Pflege und
Betreuung,
stv. Institutionsleitung,
MSc. FHO in Pflege

Kandidierende Bezirk Kreuzlingen



Gerd Ganteför,
Jg. 1956
Landschlacht
Prof., CEO Api-Science-
lab GmbH



Beat Suter,
Jg. 1965
Altnau
Unternehmer Gartenbau



**Matthias Alexander
Hofmann, Jg. 1964**
Bottighofen
Dr. med. dent.,
Gemeindepräsident



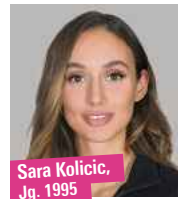
Kaja Kocherhans,
Jg. 2005
Kreuzlingen
Maturandin



Virginio Robino,
Jg. 1948
Kreuzlingen
Pfarrer emeritiert



Esther Schiess,
Jg. 1977
Kreuzlingen
Sekundarlehrerin



Sara Kolivic,
Jg. 1995
Kreuzlingen
Studentin ZHAW
Angewandte Linguistik,
BA Sprachl. Integration,
Versicherungskauffrau



Thomas Walter,
Jg. 1960
Ermatingen
Unternehmer

Kandidierende Bezirk Kreuzlingen



Biljana Miljic,
Jg. 1999
Kreuzlingen
Sachbearbeiterin/
Assistenz Rechnungs-
wesen



Claudio Rocco Albano,
Jg. 1989
Kreuzlingen
Personalberater,
Leiter Recruiting



Frédéric Norbert Good,
Jg. 1976
Landschlacht
Versicherungsbroker,
Geschäftsführer



Ana Brändli,
Jg. 2002
Kreuzlingen
Studentin,
Gemeinderätin



Patrik Hugelshofer,
Jg. 1977
Bottighofen
Unternehmer



Cornelia Hasler-Roost,
Jg. 1968 (bisher)
Aadorf
Kommunikationsfachfrau,
Unternehmerin



Thomas Goldinger,
Jg. 1974
Wängi
Gemeindepräsident



Manuela Fritschi,
Jg. 1977
Eschlikon
Gemeindeschreiberin,
Verwaltungsleiterin

Kandidierende Bezirk Münchwilen

Kandidierende Bezirk Münchwilen

 Urs Thalmann, Jg. 1961 Aadorf Transportunternehmer	 Dario Holenstein, Jg. 1999 Balterswil Gemeinderat, Student Wirtschafts- informatik	 Monika Mordasini, Jg. 1961 Aadorf Leitung Pflege und Betreuung, stv. Geschäftsführung	 Janis Basler, Jg. 2001 Münchwilen Kaufmann EFZ, Student Rechtswissenschaften, Unternehmer	 Roland Gabriel, Jg. 1962 Ettenhausen Berufsoffizier, Pilot	 Regina Ledergerber, Jg. 1963 Wängi eidg. dipl. Bankkauffrau	 Marco Burri, Jg. 1969 Sirnach Betriebsökonom HWV, Business Analyst Raiffeisen Schweiz, Gemeinderat	 Harald Wagner, Jg. 1970 Fischingen Spengler, Installateur, Brunnenmeister FA
--	--	---	---	--	---	---	---

Kandidierende Bezirk Münchwilen

 Fabio Menegola, Jg. 1980 Wängi Betriebsökonom FH	 Michael Bebie, Jg. 1982 Rickenbach Gemeindepräsident, Elektro-Ingenieur FH	 Reto Gantenbein, Jg. 1983 Münchwilen Head of Operations	 Daniel Rogg, Jg. 1991 Münchwilen Gemeinderat, Inhaber Weingut, Unternehmensberater	 Tristan Kayser, Jg. 1992 Sirnach Geschäftsführer, Informatiker	 Samuel Rogg, Jg. 1992 Rickenbach Ökonom, Business Analyst	 Kevin Bögli, Jg. 1993 Rickenbach Rechtsanwalt, Gemeinderat	 Andreas Opprecht, Jg. 1974 (bisher) Sulgen Gemeindepräsident
--	---	---	--	--	--	---	--

Kandidierende Bezirk Weinfelden

Kandidierende Bezirk Weinfelden

 Michèle Strähl-Obrist, Jg. 1980 (bisher) Weinfelden lic. jur., selbstständige Rechtsanwältin	 Roland Manser, Jg. 1970 Märstetten Key Account Manager Aussendienst, selbstständiger Unternehmer	 Martin Brenner, Jg. 1973 Weinfelden Stadtrat, selbstständiger Unternehmer, Dipl. Organisator	 Maike Scherrer, Jg. 1978 Hosenruck Prof. Dr. oec. HSG, Dozentin, Schulpräsidentin	 Markus Schönholzer, Jg. 1976 Weinfelden El. Ingenieur FH, Unternehmer	 Dominik Bosshart, Jg. 1984 Neukirch a. d. Thur Betriebswirtschaftler FH, Geschäftsführer, Gemeinderat	 Peter Stern, Jg. 1966 Mattwil Gemeindepräsident	 Thomas Wieland, Jg. 1966 Weinfelden Schulpräsident
---	---	---	---	---	---	---	--

Kandidierende Bezirk Weinfelden

 Sibylle Moopanar, Jg. 1987 Bischofzell Studentin MLaw, Militärinrichterin, Primarlehrerin, Kaufrau EFZ	 Christoph Maurer, Jg. 1964 Bischofzell eidg. dipl. Wirtschafts- informatiker, Geschäfts- leitungsmittglied	 Pascale Fässler- Bächinger, Jg. 1968 Bischofzell Stadträtin, Marketing-Managerin, Verkaufskordinatorin FA	 Max Staub, Jg. 1973 Schönenberg Gemeinderat, Detailhandelsökonom, Marktleiter	 Christian Hinterberger, Jg. 1985 Sitterdorf Gemeindepräsident, dipl. Betriebswirt- schafter HF	 Enzo Castaldi, Jg. 1975 Weinfelden Dipl. Bauingenieur HTL/SIA	 Roger Fanetti, Jg. 1975 Zihlschlacht Unternehmer, Marketingfachmann FA, Gemeinderat	 Sascha Thür, Jg. 1971 Istighofen Unternehmer, Firmeninhaber
---	--	--	---	---	--	---	--

Kandidierende Bezirk Weinfelden

 Joel Beck, Jg. 1998 Weinfelden B.A. HSG, Bankangestellter	 Martin Bruhin, Jg. 1988 Frittschen Abteilungsleiter Höhere Fachschule	 Daniel Brüscheweiler, Jg. 1974 Weinfelden Dipl. Bauingenieur ETH/SIA, Geschäftsführer	 Stephan Kessler, Jg. 1971 Weinfelden dipl. Treuhandexperte, Unternehmer	 Christina Kummer, Jg. 1980 Weinfelden Betriebsökonomin FH	 René Landenberger, Jg. 1963 Bischofzell kaufm. Angestellter	 Rick Näf, Jg. 2000 Donzhausen eidg. Finanzplaner	 Daniel Pauli, Jg. 1985 Weinfelden Reiseunternehmer
--	--	---	--	--	---	--	--

Rick Näf



Sichere Renten auch in Zukunft

Ja zur Renteninitiative – Nein zur 13. AHV-Rente

Die Mitglieder der FDP Thurgau engagieren sich für realistische Lösungen und setzten in Frauenfeld ein klares Zeichen für sichere AHV-Renten.

«Die steigende Lebenserwartung führt zu Finanzierungslücken in der AHV», verdeutlichte Rick Näf, Vorstandsmitglied der Thurgauer Jungfreisinnigen

und Kantonsratskandidat, die angespannte Situation. Ohne strukturelle Massnahmen seien die AHV-Renten künftiger Generationen in Gefahr.

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, über die am 3. März 2024 abgestimmt wird, sieht vor, das Referenzalter von Männern und Frauen bis 2032 auf 66 Jahre zu erhöhen. In einem zweiten Schritt soll das Rentenalter an die durchschnittliche Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung geknüpft werden. Kontra-Referentin Jessica Meier, Vorstandsmitglied der Jungsozialisten Thurgau, betonte hingegen, dass die AHV stabil sei. Nach Rick Näf ist die geplante Anpassung durch die «Renteninitiative» äusserst moderat. «Deutschland, Frankreich, Italien, England und weitere Staaten haben das Rentenalter 67 längst beschlossen und dieses teilweise ebenfalls mit der Lebenserwartung verknüpft.» Die FDP-Mitglieder fassten mit 66 zu 7 die deutliche Ja-Parole. Sogar noch klarer ist die Haltung der FDP zur zweiten Abstimmungsvorlage «13. AHV-Rente». Um diese zu finanzieren, müssten Mehrwertsteuer und Lohnabzüge erhöht werden. «Das schwächt die Kaufkraft aller Schweizerinnen und Schweizer und schröpft den Mittelstand», bekräftigte Gabriel Macedo in Vertretung der kurzfristig krankheitshalber ausgefallenen Nadja Bolliger. 71 FDP-Mitglieder schrieben auf ihren Parolen-Stimmzettel ein Nein (ergänzt um eine Ja-Stimme und zwei Enthaltungen).

LIBERNALE GEDANKEN

Verlockende Verpackung

In Bern spüre ich es noch deutlicher als hier bei uns im Thurgau: Links befindet sich im Klassenkampf, rechts wägt sich in einem Kampf der Kulturen. Und beide versprechen, dass ihre Konzepte ins Idyll führen: Die einen offerieren Vollkasko-Sozialstaat for free und leistungsbefreite Achtsamkeit mit Kuschelfaktor. Die anderen bieten bodenständigen binnenwirtschaftlichen Wohlstand in Mundart und ohne fremde Einflüsse, bei dem alles so bleibt, wie es noch nie war.

Beide Wege führen direkt ins Chaos.

Wir haben heute bereits effektive Staatsausgaben in der Höhe von 45 Prozent des BIP. Unser Land arbeitet also bis Mitte Juni eines Jahres – für Väterchen Staat. Kein Wunder, sinken Kaufkraft und Investitionsfähigkeit, wenn staatlich verteilte Mittel ständig steigen und Kosten von Ineffizienz

sozialisiert werden. Fast die Hälfte jedes BIP-Frankens wird im Aussenhandel erwirtschaftet – an dem mit allen populistischen Mitteln von links und rechts gesägt wird. Reduziert sich diese Hälfte,



te, herrscht bald gähnende Leere in den Kassen der Binnenwirtschaft.

Die Antworten der Populisten auf die Herausforderungen der Zeit sind verlockend verpackt. Sie geben vor, attraktive Lösungen zu sein – verfolgen aber ein ideologisches Ziel: Die einen wollen sozialisieren, die anderen isolieren. Beide wollen eine Schweiz, die es zum Glück nie gegeben hat.

Die richtige Antwort, die den Menschen in unserem Land dient, heisst anzupacken statt hübsch zu verpacken: Starke Wirtschaft, sichere Altersvorsorge, erstklassige Bildung, intakte Umwelt, schlanker Staat – damit die Menschen ein gutes, sicheres und freies Leben führen können.

Kris Vietze
Nationalrätin

Für einen freiheitlichen Thurgau der Chancen

Die FDP: Stärkt Deine Freiheit.	Die FDP: Sichert Deine Rente.	Die FDP: Fördert Deine Kinder.	Die FDP: Schützt Klima und Budget.
Das Problem. Zu viel Bürokratie und Staat. Bei jedem neuen Problem wird sofort nach einem Gesetz gerufen. Die Folge: Die Eigenverantwortung geht verloren, der Staat redet uns Bürgerinnen und Bürgern überall rein, bevormundet uns mit Regeln und Gesetzen, die nur kosten – Zeit, Geld und Nerven.	Das Problem. Renten sind nicht mehr sicher. Wir werden älter, also beziehen wir länger Rente – das Geld dafür ist aber nicht da, weil das System demographischen Wandel nicht eingerechnet hat. Die Linken wollen das Rentenloch mit noch mehr Umverteilung stopfen.	Das Problem. Wir verlieren den Anschluss. Die Berufsbildung haben wir im Thurgau im Griff. Aber unsere Maturitätsquote ist zu tief – und wir haben zu wenig Thurgauer Verbindungen zu Hochschulen.	Das Problem. Utopien im Klimaschutz. Umwelt und Klima sind zu schützen – aber nicht mit Massnahmen, welche nicht finanzierbar sind, die Eigenverantwortung schwächen und die Bevölkerung frustrieren.
Unsere Haltung. Mehr Freiheit, weniger Staat. Weniger Bürokratie, schlanke Verwaltung. Wir sind alles mündige Bürgerinnen und Bürger – keine Schäfchen, die staatliche Hirten brauchen.	Unsere Haltung. Reinen Wein einschenken. Wenig einzahlen, viel erhalten – das ist nicht finanzierbar. Wir leben länger, also ist es nur gerecht, wenn jeder einzelne länger einen Beitrag dazu leistet. Das ist echte Solidarität – und gibt Solidarität in der Altersfinanzierung. Härtefälle werden natürlich unterstützt.	Unsere Haltung. Bildung schafft Zukunft. Wir fördern die Bildung und Berufsbildung auf allen Stufen. Unsere Kinder haben die bestmögliche Bildung verdient: in der Primarschule, in der Oberstufe, in den weiterführenden Ausbildungen, an den Fachhochschulen und Universitäten.	Unsere Haltung. Klima und Menschen schützen. Im Umwelt- und Klimaschutz braucht es Massnahmen, die ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig sind. Nur so sind sie wirksam, finanzierbar und werden von den Menschen akzeptiert.
So handeln wir. Möglichst keine neuen Gesetze! – LIMIT, die Bürokratiebremse, Umfrage und eingereichte Petition – Digitalisierung und Effizienz in der Verwaltung	So handeln wir. Rentensystem nachhaltig finanzieren und sichern! – Unterstützung der Renteninitiative der Jungfreisinnigen	So handeln wir. Bildungsangebote fördern und unterstützen! – Unterstützung Berufsbildungscampus Ostschweiz – Unterstützung Digital & Innovation Campus Thurgau – Förderung Kooperationen mit Hochschulen, Ansiedlung Hochschul-Satelliten im Thurgau	So handeln wir. Nachvollziehbare Rahmenbedingungen statt Verbote, neue Steuern und Subventionen! – Keine Verbotspolitik, sondern Förderung von Innovation – Wirtschaftliche Lösungen: Liberale Umweltpolitik ist auch Wirtschaftspolitik

Unsere Ausrichtung für den Wahlkampf

Die FDP-Fraktion und -Parteileitung lieben die Schweizer Freiheit und machen sich für sie stark, wo sie nur können. «Wir sind ehrlich und wissen, dass es auf komplexe Fragen keine einfachen Antworten gibt. Wir arbeiten hart für tragfähige Lösungen. Wir wehren uns gegen Bevormundung, Bürokratie und erstarrte Strukturen. Wir setzen uns für Nachhaltigkeit durch Fortschritt ein.»

Vorstösse der letzten Wochen

Interpellation von Martina Pfiffner Müller und Viktor Gschwend «Stand Digitalisierung Kanton Thurgau»; Parlamentarische Initiative von Bruno Lüscher und Martina Pfiffner Müller «Selbstbestimmung am Lebensende auch in Pflegeeinrichtungen»; Einfache Anfrage von Cornelia Hasler-Roost «Besuch des Bildungszentrums für Wirtschaft Weinfelden für alle Thurgauer Lernenden Kauffrau/Kaufmann»; Motion u.a. eingereicht von Cornelia Hasler-Roost «Einführung einer Lenkungsabgabe: Kurtaxe (Übernachtungstaxe) im Rahmen eines Tourismusförderungsgesetzes»; Einfache Anfrage von Andreas Opprecht «Ist der Kanton Thurgau für weitere Krisen gewappnet?»

«Sathure – Satirisches aus dem Grossen Rat» Bedeutsames Schweigen

Der Begriff «Parlament» enthält das italienische Wort parlare, zu Deutsch: reden. Also reden wir. Miteinander, gegeneinander, durcheinander, übereinander. Aber immerhin, wir reden. Meistens. Manchmal wählen wir auch einfach. So geschehen am 24. Januar 2024: den Staatsschreiber, die Gerichte, den Generalstaatsanwalt, den Bankrat, den Verwaltungsrat der Gebäudeversicherung, die Rekurskommission in Anwaltssachen. Eine ernste Sache, bei der geschwiegen wird. Oder auch nur geschwiegen werden könnte. Denn wie gesagt, die Parlamentsmitglieder sind im Grunde eine schwatzhafte Truppe. Ganz sicher aber geht bei uns niemand durch die Reihen und kontrolliert, ob der/die Nachbar/in nun auch im Sinne der Fraktion wählt. Die Wahlen sind geheim. So sollen sie es auch bleiben. Wenn auch beim Wählen nicht von allen geschwiegen wird, sicher ist, es wird darüber geschwiegen, wen man von der Liste gestrichen oder wessen Name man nicht auf den Zettel geschrieben hat. Schweigen ist Gold. Das Gold des Wahlheimnisses.

Anders Stokholm

Anzeige



35 JAHRE



Stark im Immobilienverkauf

Wollen Sie schnell und sicher Ihr Haus, Ihre Wohnung verkaufen? Mit Erfahrung, Fingerspitzengefühl und lokalen Kenntnissen vermitteln unsere professionellen Liegenschaftsexperten Immobilien in Ihrer Region.

Wir freuen uns auf Ihren Anruf!

Fleischmann Immobilien AG
 Telefon 071 626 51 51 | info@fleischmann.ch | www.fleischmann.ch

Bezirkswahlen

13 FDP-Persönlichkeiten stellen sich für die Bezirkswahlen vom 3. März 2024 neu oder zur Wiederwahl. **Bezirksgericht Arbon:** Pascal Styger (Berufsrichter), Silke Sutter Heer (Berufsrichterin), Andreas Näf (nebenamtliches Mitglied); **Bezirksgericht Frauenfeld:** René Hunziker (Präsident), Bernhard Rieder (nebenamtliches Mitglied), Carinne Ruchet-Humbel (Ersatzmitglied); **Bezirksgericht Kreuzlingen:** Jürg Roth

(Berufsrichter), Enzo Schrembs (Ersatzmitglied); **Bezirksgericht Münchwilen:** Nina Schüler-Widmer (Präsidentin); Andreas Breitenmoser (nebenamtliches Mitglied), Harry Stehrenberger (Ersatzmitglied); **Bezirksgericht Weinfelden:** Claudia Spring (Präsidentin), Hermann Grünig (nebenamtliches Mitglied), Beat Bollinger (Ersatzmitglied). Wir wünschen allen Kandidierenden viel Erfolg.



Drei FDP-Persönlichkeiten treten zur Wiederwahl als Präsident und Präsidentinnen an: (v. l.) Claudia Spring, René Hunziker, Nina Schüler-Widmer.

Aktive Delegierte

Die FDP Thurgau hat an nationalen Delegiertenversammlungen neu 14 Stimmen und erhält dadurch deutlich mehr Gewicht. Die neuen Thurgauer Delegierten nahmen ihre Verantwortung

wahr und waren an der ersten DV des Jahres in Zug sichtbar und spürbar: mit prägnanten Voten im Saal und mit lösungsorientierten Antworten fürs Radio und Fernsehen.



Delegierte in Zug.



Jörg Schläpfer

FDP-Persönlichkeiten mit Glanzresultaten

Jörg Schläpfer ist vom Grossen Rat auf Vorschlag des Regierungsrates neu in den Bankrat der Thurgauer Kantonalbank gewählt worden. Fabienne Hanselmann nimmt neu als Ersatzmitglied im Verwaltungsgericht Einsitz. Neun FDP-Persönlichkeiten sind zudem in ihren Funktionen mit hervorragenden Resultaten bestätigt worden. Als Staatsschreiber: Paul Roth. Als Mitglieder des Obergerichtes: Marcel Ogg und Christian Stähle. Als Ersatzmitglied des Obergerichtes: Caroline Kapfhamer-Kuhn. Als Mitglied des Verwaltungsgerichtes: Simon Krauter. Als Mitglied des Zwangsmassnahmengerichtes: Marcel Brun. Als Generalstaatsanwalt: Stefan Haffter. Als Mitglied des Verwaltungsrates der Gebäudeversicherung: Wolfgang Maute. Als Mitglied der Rekurskommission in Anwaltssachen: Markus Bürgi. Herzliche Gratulation!

Aktive Ortsparteien zum Jahresstart

In zahlreichen Gemeinden luden FDP-Ortsparteien zu traditionellen Neujahrsanlässen ein. Herzlichen Dank allen Organisierenden, welche ganz nach dem Motto «Wir leben die Vielfalt und setzen auf den Dialog und die Diskussion unter freien Menschen» einen fulminanten Start ins Jahr 2024 ermöglicht haben.

Regine Sauter sagt am 3. März klar Nein zur 13. AHV-Rente.



Verantwortungslosen Ausbau der AHV ablehnen

Nein zur Gewerkschaftsinitiative

«Belastet würden insbesondere der Mittelstand durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Erwerbstätigen, also vorwiegend die Jungen, über die höheren Lohnabgaben.»

Am 3. März stimmen wir einmal mehr über ein sozialistisches Ausbauvorhaben unseres Sozialstaates ab. Eine Initiative, lanciert von Gewerkschaften, der SP und Grünen, verlangt die Einführung einer 13. AHV-Rente für alle. Auf den ersten Blick ein sympathisches Anliegen, wer mag dies den Rentnerinnen und Rentnern schon nicht gönnen. Nur – die Initiantinnen und Initianten unterlassen es, ihrem Anliegen ein Preisschild anzuheften. Darum schon mal an dieser Stelle: Fünf Milliarden Franken jährlich würde dies die AHV zusätzlich kosten.

Begründet wird die Initiative damit, dass angesichts des stetigen Kaufkraftverlusts die Renten nicht mehr zum Leben reichen würden. Dieses Argument ist gleich aus zwei Gründen irreführend. Zum einen werden die AHV-Renten regelmässig (mindestens alle zwei Jahre) der Teuerung und der Lohnentwicklung angepasst. Ein allfälliger Kaufkraftverlust wird damit ausgeglichen. Zum anderen muss in diesem Land im Alter niemand ausschliesslich von der AHV leben, denn Ergänzungsleistungen zur AHV sichern das Existenzminimum.

Berufliche Vorsorge modernisieren

Gerade die heutige Generation von Rentnerinnen und Rentnern verfügt in der Mehrzahl über eine gut ausgebaute zweite Säule, da sie ihre Erwerbstätigkeit in einer Zeit ausgeübt hat, als das Pensionskassenobligatorium bereits eingeführt war. Und für jene Personen, die über keine massgebliche zweite Säule verfügen (zum Beispiel, weil sie nur in kleinen Pensen berufstätig waren), ist es ent-

scheidend, dass wir die berufliche Vorsorge modernisieren. Dies betrifft vor allem die Frauen. Es muss in Zukunft auch Personen mit kleinen Einkommen möglich sein, ein Guthaben in der zweiten Säule aufzubauen. Das Parlament hat eine entsprechende Gesetzesänderung verabschiedet, wir werden darüber auch in diesem Jahr abstimmen. Und hierzu gilt es dann, klar Ja zu sagen.

AHV ab 2030 bereits im Minus

Doch zurück zum Preis der Gewerkschaftsinitiative. In der AHV fünf Milliarden Franken jährlich zusätzlich auszugeben, ist verantwortungslos. Denn bereits ohne diese Zusatzausgabe kippt unser wichtigstes Sozialwerk ab 2030 ins Minus. Noch problematischer: Die Initianten sagen nicht, wie sie ihre Wohltat zu finanzieren gedenken. Denn die Wahrheit ist unbequem: Ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent oder die Erhöhung der Lohnabzüge von heute 8,7 auf neu 9,4 Prozent wären nötig.

Belastung vor allem für den Mittelstand

Diese Initiative ist letztlich unsozial. Ohne Berücksichtigung des effektiven Bedürfnisses soll mit der Giesskanne allen Rentnerinnen und Rentnern eine 13. Rente ausbezahlt werden, auch den Millionären. Belastet würden insbesondere der Mittelstand durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Erwerbstätigen, also vorwiegend die Jungen, über die höheren Lohnabgaben. Diese Mogelpackung gilt es offenzulegen. Wir müssen stattdessen heute Lösungen finden für eine langfristige und nachhaltige Sicherung der AHV. Dies wird bereits einen grossen Effort und eine hohe Kompromissbereitschaft der Gesellschaft bedingen. Ein zielloser und nicht finanzierter Ausbau der AHV ist hingegen nicht zu verantworten. Ich sage deshalb klar Nein zur Gewerkschaftsinitiative für eine 13. AHV-Rente.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

Jetzt QR-Code scannen
und mehr erfahren!

RENTENINITIATIVE ERKLÄRT

JA zur Renteninitiative am

3. März 🚀



FDP
Die Liberalen

 **Jungfreisinnige**
Schweiz



Deine Spende zählt!
Sichern wir jetzt gemeinsam unsere AHV.

**RENTEN-
INITIATIVE JA**

alternative Bankverbindung *
Empfänger: Renteninitiative
Konto: 15-357311-9
IBAN: CH78 0900 0000 1535 7311 9

**Jetzt mit TWINT
spenden!**



QR-Code mit der
TWINT-App scannen



Betrag und Spende
bestätigen



* Ihre Spende geht direkt an den Verein Renteninitiative

Fotobox zur Renteninitiative an der DV 2024 in Zug.



Sichern wir unsere Renten langfristig!

Entpolitisierung des Rentenalters

Unser Rentensystem ist aus dem Gleichgewicht. Der AHV droht über die nächsten 25 Jahre ein kumuliertes Defizit von über 100 Milliarden Franken. Die AHV-Renten zukünftiger Generationen sind folglich nicht mehr gesichert. Wie konnte das passieren?

Die Bevölkerung wird immer älter, es kommen weniger Kinder auf die Welt und eine halbe Million Babyboomer erreichen in den nächsten zehn Jahren das Rentenalter – so viele wie noch nie. Um den Generationenvertrag zu sichern und unsere verfassungsmässige Verantwortung zu erfüllen, ist es unerlässlich, jetzt für sichere Renten – sowohl für die heutige als auch für kommende Generationen – zu sorgen.

Vier Optionen zur Sicherung der AHV-Renten

Letztlich existieren vier Optionen zur Sicherung unserer AHV-Rente: Rentenkürzungen, der Anstieg der Mehrwertsteuer oder der Lohnabgaben oder die Erhöhung des Rentenalters. Rentenkürzungen und die weitere Erhöhung von Mehrwertsteuer oder Lohnabgaben gilt es zu vermeiden. Es sind kurzfristige Massnahmen, die tiefere Einkommen und Junge belasten. Die zentrale Stellschraube

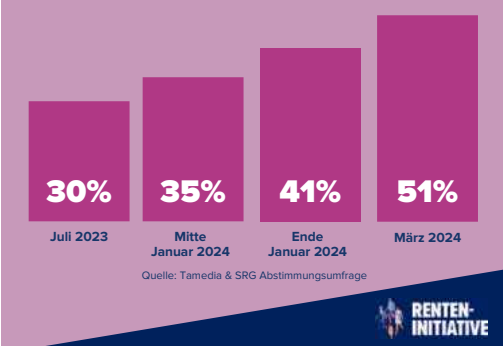
zur Sicherung der Renten ist das Rentenalter. Ohne den Mut, das Rentenalter zu erhöhen, bleiben vermeintlich grosse AHV-Reformwürfe nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

Strukturelle Reformen nötig

Ein höheres und flexibles Rentenalter liefert die lang ersehnte strukturelle Reform: Die Anzahl Rentner pro Beitragszahler verkleinert sich und die Einnahmen aller Altersvorsorgesysteme steigen.

Die Erhöhung und Flexibilisierung des Rentenalters durch die Renteninitiative bilden einen Rahmen. Nicht alle Berufsgattungen können oder wollen länger arbeiten. Vor allem körperlich anstrengende Berufe gilt es zu unterstützen. Damit wir sozial reformieren, bleiben branchenspezifische Lösungen, wie beispielsweise die Frühpensioenierung im Bau, weiterhin möglich.

GEBEN WIR VOLLGAS IM ABSTIMMUNGSKAMPF FÜR NACHHALTIGE RENTEN



Entpolitisierung des Rentenalters

Mit der Renteninitiative schaffen wir einen moderaten Reformvorschlag. Dank der Entpolitisierung des Rentenalters passen wir die AHV der demografischen Realität an und sanieren sie für zukünftige Generationen. Lösen wir uns endlich von einer scheiternden «Pflasterlipolitik» und sichern wir unsere Renten nachhaltig. Für eine starke AHV – heute und auch in Zukunft.

Andrea Caroni, Ständerat AR und Vizepräsident der FDP.Die Liberalen Schweiz

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

FDP
Die Liberalen

Diese Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug am 20. Januar 2024 gefasst. Über die Parole für die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit», über die ebenfalls am 9. Juni 2024 abgestimmt wird, wird an der Parteipräsidentenkonferenz im April befunden werden.

Abstimmungen vom 3. März 2024



JA

Renteninitiative



NEIN

13. AHV-Rente

Abstimmungen vom 9. Juni 2024



NEIN

Kostenbremse-Initiative



NEIN

Prämien-Entlastungs-Initiative



JA

Mantelerlass

(Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien)

Weitere Abstimmungen



JA

Autobahnausbau

Bundesrat Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Gespräch. Foto: EDA / Pascal Lauener (2023)



Interview

Drei Fragen an die wiedergewählten Bundesräte

Wie haben Sie den Tag der Bundessratswahl erlebt?

Karin Keller-Sutter: «Nach den Ergebnissen der eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober war verständlicherweise eine gewisse Anspannung zu spüren – auch bei der FDP, deren Anspruch auf zwei Bundesratssitze von verschiedener Seite in Frage gestellt worden war. Der Tag selbst verlief dann aber relativ ruhig. Ignazio und ich konnten uns über eine klare Wiederwahl freuen. Einzig am Schluss, bei der Wahl der Bundespräsidentin und der Vizepräsidentin des Bundesrats, bekamen Viola Amherd und ich zu spüren, dass sich in mehreren Fraktionen ein gewisser Unmut über den Ablauf der Bundesratswahlen aufgestaut hatte.»

Ignazio Cassis: «Ich verfolgte die Bundesratswahlen am TV in meinem Büro. Selbstverständlich freute ich mich über die Wiederwahl von Karin und mir. Darauf stiess ich mit meinen engsten Mitarbeitenden an. Ein paar Freunde besuchten mich später im Büro. Viel Zeit zum Feiern blieb allerdings nicht. Schliesslich galt es noch, die wichtige Bundesratssitzung zu Europa am darauffolgenden Freitag vorzubereiten.»

Wo legen Sie Ihre Prioritäten in der neuen Legislatur?

Karin Keller-Sutter: «Klar im Zentrum stehen werden die Bundesfinanzen. Weil höhere Ausgaben für die Armee, die Altersvorsorge und die Ukraineflüchtlinge anstehen, werden die Budgets der kommenden Jahre sehr anspruchsvoll. Sollten die Initiativen für eine 13. AHV-Rente und für höhere Prämienverbilligungen angenommen werden, käme der Bundeshaushalt noch mehr unter Spardruck. Mehreinnahmen wären unumgänglich. Daneben wird auch die Regulierung des Finanzplatzes im Fokus stehen, insbesondere die Weiterentwicklung der «Too big to fail»-Regeln im Nachgang zum Untergang der Credit Suisse.»

Ignazio Cassis: «Zentral wird das Europadossier sein. Es ist von grundlegender Bedeutung, den bilateralen Weg zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Zudem werden die Bundesfinanzen im Fokus stehen: Es wird nicht einfach, in der Bundesverwaltung und im Parlament die Appetite zu dämpfen, nach so vielen Jahren Schönwetterlage. Karin wird im Finanzdepartement eine Schlüsselrolle übernehmen und die Verteilungskämpfe moderieren. Ich werde sie unterstützen.»

Was möchten Sie den Lesern und Leserinnen des «Freisinn» noch gerne sagen in Bezug auf die neue Legislatur?

Karin Keller-Sutter: «Nach einer Legislatur der Krisen – Pandemie, Ukrainekrieg, drohende Energiemangellage – müssen wir wieder Abstand nehmen von der Vorstellung, dass der Staat in allen Lebenslagen einfach einspringen und Leistungen garantieren kann. Zumal, ich habe es gesagt, finanzpolitisch anspruchsvolle Zeiten auf uns zukommen. Insgesamt bin ich aber zuversichtlich, weil die Schweiz gut aufgestellt ist und es uns im internationalen Vergleich immer noch gut geht – auch dank der soliden Finanzpolitik der vergangenen Jahre.»

Ignazio Cassis: «Die Wahlen 2023 sind ein Weckruf für die Schweiz und insbesondere für uns Freisinnige. Für die Schweiz, weil die Welt viel unruhiger geworden ist: Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand sind leider nicht mehr automatisch gesichert. Für die Freisinnigen eigentlich eine Opportunität, weil wir diejenigen sind, die für Freiheit und Eigenverantwortung stehen. Aber wir müssen wieder fähig sein, mit gutem Beispiel voranzugehen.»

Parteipräsident Thierry Burkart bei seiner Rede an der Delegiertenversammlung in Zug. Foto: Jannik Kaiser



Ich freue mich, Sie heute in Zug so zahlreich begrüßen zu dürfen. Erlauben Sie mir, einen Gast heute ganz speziell zu begrüßen. Es ist unser ehemaliger Bundesrat Kaspar Villiger. Lieber Kaspar, es ist uns eine Freude und Ehre, dass du hier bist. Du bist und bleibst ein absolutes Aushängeschild und ein Leuchtturm unserer Partei, aber vor allem auch der liberalen Politik in diesem Land!

Ja, liebe Freisinnige, wir mussten am 22. Oktober ein Resultat entgegennehmen, das wir uns so nicht gewünscht hatten. Und wir müssen konstatieren: Wir verfehlten unsere Ziele. Wir müssen entsprechend kritisch auf unsere Arbeit zurückschauen.

In den letzten Wochen haben wir eine interne Analyse vorgenommen. Diese wird ergänzt durch eine externe Analyse. Und die Konsequenzen? Die werden wir in drei Arbeitsgruppen erarbeiten, die wir gerade gestern an der Parteipräsidenten-Konferenz eingesetzt haben. Eine Arbeitsgruppe ist zuständig für personelle, strukturelle und organisatorische Verbesserungen. Eine zweite befasst sich mit Fragen der Programmatik und definiert Anpassungen und/oder Themen, bei denen wir uns klar und besser positionieren müssen. Die dritte Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Stärkung unserer Kampagnenfähigkeit. Alle diese Erkenntnisse und Vorschläge für daraus fließende Massnahmen werden wir euch an der nächsten Delegiertenversammlung im Juni vorstellen.

Wenn ich aber zurückschauen auf die letzten Monate, dann darf ich sagen, dass ich sehr, sehr viele positive Aspekte mitnehmen konnte. Ich stelle fest, dass bei uns in der Partei, Unkenrufen zum Trotz, die Stimmung und die Motivation wirklich hervorragend sind. Man ist gerne bei der FDP; man engagiert sich bereitwillig für unsere Partei und setzt sich gerne ein für die Politik, die wir Freisinnige vertreten.

Denn unsere Partei, unsere Werte, unsere Politik braucht es mehr denn je! Wer soll dieses Land zukunftsfähig machen, wenn nicht wir Freisinnige? Nichtsdestotrotz müssen lernen, klar zu zeigen, dass wir für die Menschen Politik machen. Wir müssen aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger kommunizieren. Wir müssen aufzeigen, dass es zum Vorteil einer Wählerin und eines Wählers ist, wenn man FDP wählt. Wir müssen aufhören, in irgendwelchen abstrakten Gebilden zu kommunizieren. Und vor allem müssen wir lernen aufzuzeigen, dass die liberale Politik keine kalte, menschenfeindliche Politik ist. Nein, das Gegenteil ist

der Fall. Die liberale Politik ist eine Politik mit Herz und für die Menschen.

Wo Not herrscht, sind wir einverstanden, dass der Staat hilft. Wir wollen Armut bekämpfen. Aber wir wollen sie dort bekämpfen, wo sie besteht, und nicht einfach mit der Giesskanne auch diejenigen beglücken, die nicht darauf angewiesen sind. Das ist liberale Politik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft. Wir setzen uns nicht ein für die Wirtschaft per se. Wir setzen uns ein für die Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land; für jene Menschen, die bereit sind, ein Risiko einzugehen; für jene Menschen, die innovativ sind; für jene Menschen, die Arbeitsplätze schaffen und Verantwortung für die Menschen übernehmen. Für diese Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger, für die Rahmenbedingungen ihrer Unternehmen, setzen wir uns ein.

«Die liberale Politik ist eine Politik mit Herz und für die Menschen.»

Auch bin ich überzeugt davon, dass es notwendig ist, dass wir Fragen der Bildungspolitik wieder vermehrt in Politik und Gesellschaft diskutieren. Ich weiss natürlich, Bildungspolitik ist primär Sache der Kantone. Das soll uns aber als nationale Partei nicht daran hindern, dass wir uns dazu Grundsatzüberlegungen anstellen, diese festlegen und dann in den Kantonen auch umsetzen. Die Freisinnigen wussten immer: Bildung ist wichtig für die Menschen in diesem Land, denn nur gut ausgebildete Menschen haben die Fähigkeit, etwas aus ihrem Leben zu machen und auf ihren eigenen Beinen zu stehen. Wir müssen feststellen, dass unsere Fähigkeiten, also der Output aus unserem Bildungssystem, nicht wirklich besser werden. Hier müssen wir ansetzen. Und ich glaube, hier gibt es viel zu tun.

Sie sehen, liebe Freisinnige, uns braucht es! Es braucht uns mehr denn je! Es gibt viel zu tun. Wir wollen es anpacken. Ich danke Ihnen jetzt schon dafür, dass Sie bereit sind mitzuarbeiten. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie bereit sind, sich für unsere Überzeugungen und für unsere Politik einzusetzen.

**Thierry Burkart, Parteipräsident
FDP.Die Liberalen Schweiz**

Wir geben diesen Auszug in Absprache mit dem Parteipräsidenten wieder. Es handelt sich um eine Transkription der mündlich gehaltenen Rede.

Delegiertenversammlung

Breite Unterstützung der Wirtschaftsverbände für die Renteninitiative.



Engagiert für realistische Lösungen

Die FDP stellt die Weichen für eine nachhaltige und reformorientierte Politik

Gleich sechs Parolen wurden an der Delegiertenversammlung in Zug gefasst. Über 350 Freisinnige setzten ein klares Zeichen für sichere AHV-Renten. Die Delegierten sprachen sich ebenfalls gegen eine weitere Verstaatlichung des Gesundheitswesens sowie für eine leistungsfähige Infrastruktur aus. Nach einer Schweigeminute für den verstorbenen alt Ständerat Dick Marty rief Parteipräsident Thierry Burkart die Parteibasis dazu auf, an der liberalen Grundgesinnung der Partei festzuhalten.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter spricht zur Schuldenbremse.



Alt Bundesrat Kaspar Villiger nahm ebenfalls an der DV teil.



Ständerat Matthias Michel (ZG) im Gespräch mit Nationalrat und Fraktionspräsident Damien Cottier (NE).



Andri Silberschmidt erklärt den Delegierten das Vorhaben des Prämien-Entlastungs-Initiativkomitees.



Bundesrat Ignazio Cassis bei seiner Rede zur Europapolitik.



Bettina Balmer, Nationalrätin (ZH).



Nationalrat Heinz Theiler (SZ).



Regine Sauter informiert vor der Parolenfassung über die Kostenbremse-Initiative.

Simon Michel.



Bilaterale III

Entscheidende Weichenstellung für die Zukunft

Der bilaterale Weg ist ein Erfolgsmodell. Mit den Bilateralen III will die Schweiz die gute Beziehung zu unseren europäischen Partnern auch in Zukunft sicherstellen und weiterentwickeln. Insbesondere die SVP schimpft dies eine Unterwerfung, eine Anpassung, eine Unterjochung. Dabei geht es im Kern um die Fortführung unseres «Schweizer Modells». Aber auch in unseren Reihen gibt es skeptische Stimmen. Deshalb ist es wichtig, dass wir das finale Verhandlungsergebnis des Bundesrates abwarten. Gleichzeitig aber sollten wir uns die Frage stellen, was denn die Alternativen sein könnten.

Die Schweiz ist mit Europa wirtschaftlich und gesellschaftlich eng verbunden. Über 50 Prozent unserer Exporte gehen in Länder der EU, gegen 70 Prozent der Importe kommen aus Ländern der EU. Das Handelsvolumen beträgt über 1 Milliarde Franken pro Arbeitstag. Wir teilen gemeinsame Werte, Geschichte und Kultur.

Bilaterale Verträge vs. Freihandelsabkommen

Als zentrales Bindeglied zwischen der Schweiz und der EU agieren die bilateralen Verträge. Sie gehen wesentlich weiter als Freihandelsabkommen, bei

denen es in erster Linie um den Abbau von Zöllen geht. Die bilateralen Verträge beinhalten in Bezug auf Güter insbesondere auch Produktzulassungen, gemeinsame Standards oder den Zugang zu gemeinsamen Datenbanken mit fehlerhaften Produkten. Ein Produkt, das in der Schweiz hergestellt und zugelassen wird, kann damit automatisch auch in Ländern der EU verkauft werden und umgekehrt.

Die bilateralen Verträge sind eine massgeschneiderte Lösung für beide Seiten. Sie sind ein Erfolgsmodell für die Schweiz, jedoch auch ein Sonderweg für die EU. Ein Sonderweg, der sich in

den letzten Jahren langsam zu einer unbefestigten Strasse entwickelt hat und irgendwann enden könnte, wenn er nicht neu befestigt wird. Swissmem spricht deshalb auch von einem «dringend notwendigen Service».

Verhandlungsrahmen mit sektoriellen Abkommen

Der Bundesrat hat es geschafft, in den Sondierungsgesprächen einen neuen Verhandlungsrahmen mit sektoriellen Abkommen aufzusetzen. Ein Modell ohne horizontale, institutionelle Verpflichtungen.



«Eines ist jedoch klar:
Das Nichtstun, die Erosion,
das Auslaufen der Verträge
ist keine Option.»



Maroš Šefčovič, EU-Vizekommissionspräsident und Verantwortlicher für das Schweiz-Dossier. Foto: Europäische Union (2023)

tungen, wie das bei weiterführenden Freihandelsabkommen der Fall ist, stattdessen mit klaren Regeln pro Abkommen mit für die Schweiz vorteilhaften Ausnahmen. Dadurch sollen die Bilateralen I und II abgesichert und neue Kooperationen, zum Beispiel im Zugang zum Strommarkt, ermöglicht werden.

Nichtstun ist keine Option

Die Verhandlungen mit der EU werden voraussichtlich diesen März beginnen. Wie hoch der Preis für das Paket der Bilateralen III schlussendlich sein wird, wird sich im Detail erst in rund einem Jahr zeigen. Eines ist jedoch klar: Das Nichtstun, die Erosion, das Auslaufen der Verträge ist keine Option. Dadurch würden unweigerlich auch Errungenschaften wie Schengen/Dublin wegfallen, und die Schweiz würde zu einem Drittstaat, mit all seinen Konsequenzen beim Reisen, beim Handeln, beim Zugang zu Arbeitsstellen, usw.

Ohne die Bilateralen III gibt es keine Aktualisierung bestehender Abkommen mehr. So hat die

EU-Kommission 2019 die Börsenäquivalenz nicht verlängert. Unsere Forschenden und Schulen zahlen den Preis für den Verlust der Assoziierung bei Horizon Europe oder Erasmus. Die Nichtaktualisierung des MRA (Mutual Recognition Agreement) hat die Schweizer Medtech-Branchen faktisch über Nacht als erste von 20 Branchen vom EU-Markt ausgeschlossen. Aufwendige Produktneuzulassungen waren notwendig. Weitere Branchen, wie Baustoffe, Spielwaren oder Maschinen, folgen ab 2026, wenn wir bis dann keine Lösung haben.

Bilaterale Abkommen als Königsweg

Bleibt die Alternative eines erweiterten Freihandelsabkommens basierend auf jenem von 1972, wie es von Gegnern des bilateralen Wegs gerne ins Spiel gebracht wird. Ein Freihandelsabkommen schliesse jedoch die Landwirtschaft mit ein, führte zur Übernahme von Sozial- und Umweltnormen und stünde in Konflikt mit den staatlichen Beihilfen, Stichwort Kantonalbanken. Ist das mehrheits-

fähig? Es darf bezweifelt werden. Der bilaterale Weg ist und bleibt der Königsweg.

Mit den Bilateralen III haben wir die Chance, die Beziehungen mit der EU zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Als Unternehmer, FDP-Nationalrat und APK-Mitglied werde ich mich für eine gute Vorlage einsetzen. Dem Verhandlungsteam wünsche ich viel Erfolg und Durchhaltewillen!

Simon Michel, Nationalrat SO und CEO Ypsomed Holding AG



FDP-Position zu Europa.

Pressekonferenz der FDP zur Migrationspolitik (2023). Fotos: Jannik Kaiser



Seit vielen Jahren beschäftige ich mich mit dem Thema Migration. In der letzten Session wurden zwei meiner drei Motionen, die der Ständerat bereits angenommen hatte, auch vom Nationalrat angenommen.

Die eine betraf die Forcierung der Dublin-Rückführungen nach Italien, die Italien seit Dezember 2022 verweigert, die andere die konsequente Rückführung von algerischen Staatsangehörigen, die unser Land verlassen müssen. Die letzte wurde unverständlicherweise von der gesamten Linken und mithilfe der Mitte abgelehnt. Mit dieser Motion sollte eine Lösung für die Rückführung von eritreischen Staatsangehörigen gefunden werden, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die in ihr Herkunftsland zurückkehren müssen, da ihnen kein internationaler Schutz zusteht.

FDP-Migrationsprogramm «Hart, aber fair»

Seit den eidgenössischen Wahlen im Herbst polarisiert das Thema Migration die Schweizer Politik. Die einen wollen die Türen unseres Landes weit öffnen und die anderen wollen sie doppelt verriegeln. Leider führt diese von Schwarz-Weiss-Denken geprägte Weltsicht nicht weiter. Aus diesem Grund hat die FDP bereits Jahre zuvor das Migrationsprogramm «Hart, aber fair» lanciert und hält daran fest. Es steht für unsere Migrationspolitik, die ausgewogen und menschlich sein muss, aber unerbittlich gegenüber jenen Migranten, die in der Schweiz Straftaten begehen, sich nicht an unsere Gesetze halten und versuchen, unser System auszunutzen.

Diese ausgewogene Politik ist vielleicht weniger spektakulär als das Einnehmen von scharfen oder gar extremen Positionen, die in der Tatsache keine Lösung für das Problem bieten, sondern im Gegenteil die Polarisierung innerhalb unserer Gesellschaft verstärken und die Akzeptanz für unser noch funktionierendes Asylsystem schwinden lassen.

Vor allem aber vergisst die FDP nicht, dass die Migration das Schicksal von Menschen, unseren Mitmenschen, widerspiegelt. Deshalb müssen wir diese Menschlichkeit im Auge behalten, wenn wir über Migration sprechen. Es ist uns ein zentrales Anliegen, mit unserem Handeln unserer langjährigen humanitären Tradition gerecht zu werden.

Der UNO-Migrationspakt von 2018

Die internationale Gemeinschaft hat am 10. Dezember 2018 den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (Migrationspakt) verabschiedet. Der Migrationspakt basiert auf den internationalen Menschenrechten und bekräftigt die Verpflichtung der Staaten, alle Menschenrechte für alle Migranten zu achten, zu schützen und umzusetzen. Bei der Eröffnung der Konferenz in Marrakesch bezeichnete UN-Generalsekretär António Guterres den Pakt als «Fahrplan zur Verhinderung von Leid und Chaos». Er

«Hart, aber fair» steht für unsere Migrationspolitik, die ausgewogen und menschlich sein muss, aber unerbittlich gegenüber jenen Migranten, die in der Schweiz Straftaten begehen, sich nicht an unsere Gesetze halten und versuchen, unser System auszunutzen.»



«Ich bin der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, uns international an der Bewältigung der Migrationskrise zu beteiligen, dabei aber unser Schweizer Rechtssystem und unsere unabhängige Migrationspolitik zu bewahren.»



Ständerat Damian Müller an der DV in Kreuzlingen (2023).

betonte, dass der Pakt kein neues Recht auf Migration und die Pflicht, Migranten aufzunehmen, schafft, sondern stellte klar, dass «Migranten unabhängig von ihrem Status Menschenrechte geniessen sollten». Zudem sollen Migrationsgründe reduziert und die internationale Zusammenarbeit bspw. für die Rückkehr von Migranten verbessert werden.

Überprüfung aufgrund von Vorbehalten in der Bevölkerung

Das Parlament stand seiner Unterzeichnung damals zögerlich gegenüber. Dies, nachdem grosse Vorbehalte aus der Bevölkerung geäussert wurden. Nun hat der Bundesrat, nachdem die Frage zu Soft-Law ausführlich behandelt und dargelegt wurde, einen Bericht zu den Auswirkungen des Pakts vorgelegt. In seinem Bericht zeigt das EDA auf, dass der Pakt nur Soft Law-Bestimmungen enthält und keine negativen Auswirkungen ersichtlich sind. Der Pakt beinhaltet also keine rechtlichen Verpflichtungen für die Schweiz, sondern empfiehlt lediglich bestimmte Massnahmen, die ergriffen werden sollten. Angesichts dieser überzeugenden Erklärungen schlug ich in der aussenpolitischen Kommission des Ständerates vor, dass die Schweiz den Migrationspakt unterzeichnet und sich dem Konzert der Nationen anschliesst.

Annahme nur, wenn mit schweizerischem Recht vereinbar

Dies jedoch nicht, ohne die Ängste aus der Bevölkerung zu adressieren und nötige Klarstellungen und Vorbehalte festzuhalten. So möchte ich mit meinem Antrag sicherstellen, dass die Annahme des Paktes mit dem geltenden schweizerischen Recht vereinbar ist und sich durch den Beitritt keine Änderung begründen lässt. Zudem sollen künftige Weiterentwicklungen der Bundesversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Weiter wird klargestellt, dass gewisse Massnahmen von der Schweiz nicht mitgetragen werden, beispielsweise was Einschränkungen der Medienfreiheit anbelangt.

Ich bin der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, uns international an der Bewältigung der Migrationskrise zu beteiligen, dabei aber unser Schweizer Rechtssystem und unsere unabhängige Migrationspolitik zu bewahren. Deshalb bin ich der Meinung, dass es für die Schweiz an der Zeit ist, den Migrationspakt zu unterzeichnen, da dieser unser Asylgesetz nicht tangiert. Denn für uns gilt nach wie vor: Rückführungen haben absolute Priorität und wir halten unmissverständlich an unserer Haltung «Hart, aber fair» fest!

Damian Müller, Ständerat LU

Roger Federer 2005 in Wimbledon. Wikimedia Commons



Erinnern Sie sich noch an den ersten Wimbledon-Titel von Roger Federer? Das war im Jahr 2005. Federer ist mittlerweile weg. Die Erhöhung der Grimsel-Staumauer wartet jedoch immer noch auf die Bewilligung, obwohl diese ebenfalls im Jahr 2005 beantragt wurde. Wie soll die Schweiz ihre Energiezukunft meistern, wenn selbst die Erhöhung einer seit Jahrzehnten bestehenden Staumauer im bürokratischen Dickicht stecken bleibt?

Eine wichtige Vorlage, um in dieser Frage endlich voranzukommen, ist das Bundesgesetz über die sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Der sogenannte Mantelerlass beinhaltet zielführende Massnahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in den Bereichen Wasserkraft, Solar- und Windenergie. Insgesamt leisten die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung unserer Stromversorgung und zur Erreichung der Klimaziele 2050. Denn unser Land will in knapp 25 Jahren emissionsfrei sein. Konkret bedeutet dies, dass wir keine klimaschädlichen Gase mehr ausstossen dürfen oder diese durch Einsparungen an anderer Stelle kompensieren müssen.

Zusätzlicher erneuerbarer Strom benötigt

Den Weg hin zu Netto-Null 2050 hat das Stimmvolk im vergangenen Juni mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Gletscherinitiative unterstützt. Damit dies gelingt, brauchen wir viel zusätzlichen erneuerbaren Strom. Mit dem steigenden Strombedarf und dem Wegfall bestehender

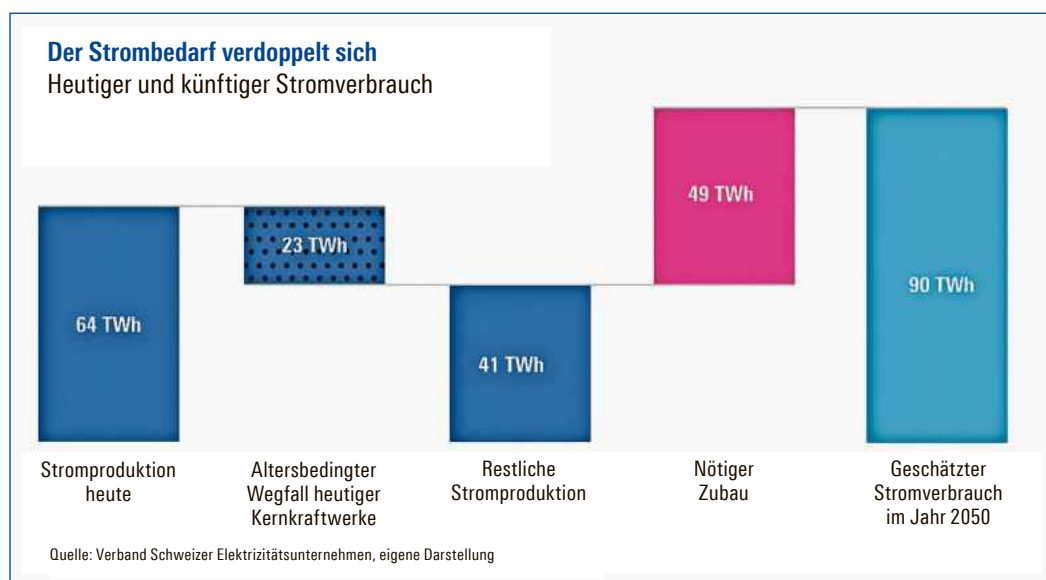
Kernkraftwerke entsteht eine Stromlücke von voraussichtlich rund 50 TWh (siehe Grafik). Im neuen Stromgesetz sind klare Ziele festge-

schrieben, um die inländische Stromproduktion durch den raschen Aus- und Zubau erneuerbarer Energien zu steigern. So sollen die Erneuerbaren (ohne Wasserkraft) bis 2035 35 TWh und bis 2050 45 TWh liefern. Die Wasserkraft soll ihre Produktion bis 2035 auf 37,9 TWh und bis 2050 auf 39,2 TWh steigern. Das Gesetz will dies primär durch Investitionsanreize und Planungssicherheit erreichen. Hinsichtlich des Landschaftsschutzes wurde intensiv über das Verhältnis Schutz versus Nutzen diskutiert und gerungen. Gesamthaft gesehen wurden tragfähige Kompromisse geschmiedet. So konnte zum Beispiel die Forderung nach einer generellen Solarpflicht aus dem Gesetz entfernt werden. Demgegenüber hatten wir leider keinen Erfolg mit dem Begehren nach einer vollständigen Öffnung des Strommarktes. Gerade diese Öffnung hätte Marktelemente gebracht und den Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit gegeben, ihren Lieferanten selbst zu wählen. Ein kleiner Erfolg ist aber die Schaffung von lokalen Stromgemeinschaften, sogenannten LEGs.

Ein Ja ist essenziell

Mit der sehr klaren Verabschiedung des Stromgesetzes hat das Parlament ein eindrückliches Zeichen gesetzt. Trotzdem ist es einer kleinen Gruppe von Landschaftsschützern und Windkraftgegnern gelungen, das Referendum zu ergreifen. Die Bevölkerung wird voraussichtlich im Juni 2024 über die Vorlage abstimmen. Die Unterstützung der Stimmberechtigten an der Urne ist essenziell: Die Dringlichkeit ist hoch und das Gut – die Versorgungssicherheit in der Schweiz – von enorm hoher Bedeutung. Denn Energiesicherheit betrifft uns alle. Setzen wir uns also gemeinsam ein für eine sichere Zukunft!

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin SG



KOLUMNE

AHV für Babyboomer sichern

Die Schweizer Bevölkerung lebt länger. Die Geburtenrate sinkt. Der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sinkt ebenfalls. Diese langfristigen Trends führen dazu, dass der AHV gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen in den kommenden 25 Jahren über 100 Milliarden Schweizer Franken fehlen. Handeln wir nicht jetzt, werden in Zukunft die Mehrwertsteuer und Lohnabgaben massiv erhöht werden müssen.

Dies hätte zur Folge, dass alle in der Schweiz eine finanzielle Mehrbelastung erfahren würden. Der arbeitenden Bevölkerung würde jeden Monat mehr Abgaben von ihrem Lohn abgezogen werden. Die konsumierende Bevölkerung müsste bei jedem Einkauf mehr Steuern zahlen, um die AHV-Financen zu stabilisieren. Wir sprechen von durchschnittlich vier Milliarden Schweizer Franken, die pro Jahr fehlen. Das ist viermal so viel, wie der Bund pro Jahr für die Berufsbildung ausgibt. Handeln wir nicht jetzt, wird der Bund schmerzliche Sparmassnahmen umsetzen müssen, um die AHV zu sanieren. So weit darf es nicht kommen.



Die Renteninitiative sieht einen Weg ohne höhere Steuern und Abgaben vor. Die Volksinitiative, welche am 3. März 2024 zur Abstimmung kommt, verlangt, dass das Rentenalter schrittweise in den kommenden zehn Jahren auf 66 Jahre angehoben wird. Im Anschluss soll es an die Lebenserwartung gebunden werden. Die Logik ist simpel. Wir beziehen heute durchschnittlich zehn Jahre länger eine AHV-Rente als bei der Gründung der AHV. Wir zahlen aber immer noch

gleich lange ein. Diese Rechnung geht nicht mehr auf. Wenn wir alle ein paar Monate länger einzahlen, können wir die AHV-Financen und somit die AHV-Renten der Babyboomer-Generation sichern.

Es ist klar, dass nicht jede und jeder bis 65 oder 66 Jahren arbeiten kann. Für die betroffenen Personen und Branchen müssen – wie dies heute zum Beispiel in der Baubranche bereits der Fall ist – sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Das Parlament wird dies bei der Umsetzung der Initiative berücksichtigen müssen. Die Arbeitslosen- wie auch die Sozialhilfequote sind auf einem historischen Tiefstand. Die Arbeitgeber suchen händeringend nach Arbeitskräften. Mit der Anpassung des Rentenalters würde auch die Migration reduziert, da weniger Personal aus dem Ausland rekrutiert werden muss. Stimmen wir Ja zu einer gesunden AHV und somit Nein zu mehr Steuern und Abgaben.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH und Vizepräsident FDP.Die Liberalen Schweiz

FDP
Die Liberalen



**Informiert
bleiben?**

Jetzt «Freisinn» abonnieren

Wir machen

die Schweiz stark!

AHV ruinieren?

Kosten in Milliardenhöhe ruinieren unsere AHV

Bis 2033 gibt die AHV wegen der Alterung der Bevölkerung mehr als 3 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Die zusätzlichen jährlichen Kosten von 5 Milliarden Franken durch die Initiative fahren die AHV finanziell an die Wand.

Die 13. AHV-Rente macht die jüngsten Reformschritte zunichte

Eine 13. AHV-Rente nach dem Giesskannenprinzip kostet mehr als dreimal so viel, wie die Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 an Einsparungen bringt. Auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer vom 1.1.2024 von 7.7% auf 8.1% zugunsten der AHV würde für die Finanzierung der 13. AHV-Rente nicht ausreichen und eine weitere Erhöhung auf 9.1% in 2026 wäre absehbar.

Mehrkosten für Bund, Wirtschaft und Privathaushalte

Die Initiative könnte nur über höhere Bundes- und Mehrwertsteuer sowie Lohnabgaben finanziert werden. Spürbare Mehrausgaben für Bund, Arbeitgeber und Privathaushalte wären die Folge. Die Linken ruinieren die AHV und die Kaufkraft auf einen Schlag.

Generationengerechtigkeit geht in beide Richtungen

Die 13. AHV-Rente würde schon ab 2026 für ein negatives Umlageergebnis sorgen und so bis 2050 einen Schuldenberg von 115 Milliarden Franken anhäufen. Bezahlen müssten das die erwerbstätigen Generationen.

3. März 2024
www.13ahvnein.ch

**13. AHV-
Rente
NEIN**